

Drucksache:
0035/2016/IV

Datum:
19.02.2016

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters - Geschäftsstelle Ausländerrat / Migrationsrat

Beteiligung:

Betreff:

**Klausurtagung des Ausländerrates / Migrationsrates
am 30. Januar 2016
- Bericht des Vorstandes**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 21. April 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausländerrat/Migrationsrat	03.03.2016	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausländerrat/Migrationsrat	21.04.2016	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausländerrat / Migrationsrat nimmt den Bericht des Vorstandes über die Ergebnisse der gremieninternen Klausurtagung am 30. Januar 2016 zur Kenntnis.

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 03.03.2016

Ergebnis: beschlussunfähig

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 21.04.2016

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Ergebnisse der gremieninternen Klausurtagung des Ausländerrates / Migrationsrates am 30. Januar 2016

1) Der Ausländerrat / Migrationsrat möchte die Erfahrungen von "Kirchheim sagt Ja" und das gesponnene starke Netzwerk in allen Stadtteilen anbieten. Dazu werden wir die Stadtteilvereine und Bezirksbeiräte zu den monatlichen Terminen - wie am 15. Februar 2016 geschehen - und zum 14. März 2016 auch alle Stadtteilvereine, städtische Gremien und Interessierte nach Kirchheim einladen.

Die Pfeiler und Lehren von "Kirchheim sagt Ja" sind

a) regelmäßige stadtteilbezogene Bürgersprechzeiten an festen Terminen

Unter Leitung des Ausländerrates / Migrationsrates und des Stadtteilvereins wurde von Juli 2015 bis November 2015 alle zwei Wochen mit Entscheidungsträgern, Stadtteilbewohnerinnen und Stadtteilbewohnern, Flüchtlingen, dem Netzwerk an Organisationen und Ehrenamtlichen jeweils montags ab 18.30 Uhr gesprochen. Der Ansatz war und ist mit Flüchtlingen zu reden, nicht nur über sie.

b) eine transparente, direkte Informationspolitik

Mit den richtigen Ansprechpartnern vor Ort in den Bürgersprechzeiten konnten die meisten Fragen schnell beantwortet werden: Zum Beispiel hat das Projektteam Patrick-Henry-Village über aktuelle Daten und künftige Maßnahmen berichtet, die Polizei hat sicherheitsrelevante Gerüchte unverzüglich klargestellt, die Sozialverbände wie Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz haben berichtet und Probleme geschildert, ebenso Organisationen wie Asylarbeitskreis und Initiativen.

Wenn Fragen offen blieben, wurden sie zur nächsten Sitzung geklärt.

Eine elektronische Anzeigetafel mit schnell aktualisierbaren Inhalt namens "Schaudepot" wurde erprobt. Wir regen eine Anbringung zumindest in den Stadtteilen an, wo die dezentralen Unterkünfte vorgesehen sind.

c) eine offene, sachliche Diskussion

Auch wenn Interessenlagen sehr unterschiedlich sind, ist die offene, sachliche Atmosphäre wichtig. Jede und jeder sollte in diesem Rahmen "ungeschützt" reden dürfen und nicht für eine Meinung gescholten, sondern aufgeklärt werden. Hier hat sich die Leitung durch den Stadtteilverein und den Ausländerrat / Migrationsrat bewährt, weil Gleichgewichtigkeit symbolisiert wurde. Ebenso konnte die Vertretung der Flüchtlinge zu Wort kommen.

d) Sorgen und Ängste aller mit 360-Grad-Perspektive ernst nehmen, Verantwortung übernehmen und Begegnung schaffen

Sorgen und Ängste sind zunächst individuelle Erscheinungen. Sie dürfen frei artikuliert, müssen ernst genommen und analysiert werden. Nicht alle abstrakten Ängsten (etwa Sorge um Arbeitsplatz) kann man abbauen. Aber die meisten konkreten Ängste können durch Dialog, Information und Begegnung der Menschen vermindert werden. Der "Staat" kann nicht alles regeln. Bürgerinnen und Bürger können und sollen Verantwortung übernehmen. Um gemeinsam Tee zu trinken, braucht es keine perfekte Organisation, Koordination oder Coaching, sondern es reicht Spontaneität, Herzlichkeit und Pragmatismus. Das machen einige Initiativen von jungen Menschen vor und ist die eigentliche Stärke der Zivilgesellschaft.

e) praktische Lösungen besprechen und umsetzen

Zum Beispiel waren Menschenansammlungen am Friedhofseingang im Juli ein emotional aufgeladenes Thema. Friedhofsbesucherinnen und Friedhofsbesucher hatten den Eindruck, ihnen sei der Weg versperrt, und der Friedhof würde für einen Toilettengang missbraucht. Auf Initiative des Oberbürgermeisters beschloss die Stadt Heidelberg, den Shuttle Bus von Patrick-Henry-Village in die Innenstadt einzurichten und so den Verkehr der Flüchtlinge in den Stadtteil um zu leiten. Unterstützend dazu wurde durch Versachlichung der Diskussion und Analyse des Problems folgende Idee aus „Kirchheim sagt Ja“ entwickelt und in Kooperation mit Stadt, Polizei und Regierungspräsidium umgesetzt:

Sitzbänke und Toiletten wurden über die Strecke Patrick-Henry-Village nach Kirchheim so angebracht, dass die Menschen sich verteilt haben, sich ausruhen und Toiletten nutzen konnten. Zusätzlich wurden Informationsschilder mit Übersetzungen angebracht. Um den Angstgefühlen in der Dunkelheit entgegenzuwirken, wurden zusätzliche Lichter für den Heuauer Weg vorgeschlagen. Es wurde eine gemeinsame Jogginggruppe initiiert et cetera. Diese Maßnahmen gaben den Bürgerinnen und Bürgern auch das Gefühl, dass etwas getan wurde.

2) Folgende Bereiche sehen wir stadtweit entscheidend für Integration von Flüchtlingen, und wir möchten uns hier einsetzen, weil wir als Ergänzung zu den bestehenden Strukturen noch ehrenamtliches sowie privates Potenzial im Sinne einer " Private-Public-Partnership" sehen. Ehrenamtliche können unterstützen bei

- a) Arbeitsmarktintegration (Pilotprojekt mit Beteiligung des Ausländerrates / Migrationsrates läuft)
- b) dezentrale Unterbringung
- c) Spracherwerb und Schulintegration: Trend zu Deutsch-Online-Kursen mit Mentorenbegleitung? Was braucht man für Infrastruktur?

3) Einbindung und Stärkung des Ehrenamts als strategische Aufgabe

Es gibt ein noch brachliegendes Potenzial von circa 1.500 Menschen, also 1 Prozent aller Heidelbergerinnen und Heidelbergern, die sich ehrenamtlich engagieren würden. Einige davon möchten sich an Strukturen andocken, aber es gibt auch das Phänomen vieler Klein- und Kleinstinitiativen von Ehrenamtlichen oder "Social Entrepreneurs", die unternehmerische Freiheiten möchten. Diese Vielfalt braucht unterschiedliche Angebote.

Alle ehrenamtlichen Initiativen sind für die konkrete Flüchtlingsunterstützung wichtig, weil diese 3.000 helfenden Hände eine Skalierung der bestehenden Angebote sind und neue Angebote schaffen. Noch wichtiger ist die politische und soziale Hebelwirkung: durch die persönliche Erfahrung mit Menschen auf der Flucht wirken die Ehrenamtlichen bei Verwandten, Freunden und Kollegen als glaubwürdige Botschafterinnen und Botschafter sowie Multiplikatoren für die Akzeptanz der Flüchtlinge. Dieses Potenzial darf nicht länger brachliegen und enttäuscht werden. Die Ehrenamtlichen brauchen dringend Unterstützung in Form

- einer transparenten, sich frei regulierenden, dynamisch entwickelnden, integrierten Informations-netzwerk- und Arbeitsplattform
- von Räumlichkeiten für Zusammentreffen und ehrenamtliche Arbeit (ähnlich wie bei Dezernat 16)
- niederschwellig zugänglichen Mittel für ehrenamtliche Arbeit (die meisten Projekte, brauchen keine Großbeträge)
- eines Coachings sowie von Beratungsangeboten, zum Beispiel Projektmanagement, in interkultureller Kompetenz, Gesundheitsfragen, im Umgang mit Traumata, interreligiösen Dialog

- von Lotsenfunktion der Verwaltung als Servicestelle durch das Dickicht an Regeln und Informationen. Angesichts der bereits bestehenden, enormen Aufgabenbelastung der Verwaltung ist das eine große Herausforderung.

4) Öffentliche und individuelle Sicherheit und Konfliktmanagement

Spätestens nach Köln verstärkt sich die Debatte über die Sicherheit im Öffentlichen Raum. Das Gewaltmonopol des Staates wird von Einzelnen in Frage gestellt. Sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationsgeschichte fühlen sich zunehmend bedroht. Auslandsmedien und soziale Netzwerke, aus denen Menschen mit Migrationsgeschichte sich informieren, heizen durch nicht recherchierte Gerüchte und Propaganda die Stimmung an, so dass neue Belastungen entstehen. Menschen ohne Fluchterfahrung sehen sich plötzlich als Flüchtlinge "identifiziert" und in Erklärungsnot und Rechtfertigungszwang gebracht - manchmal auch angegriffen.

Das sind Herausforderungen, über die auch der Ausländerrat / Migrationsrat nicht hinwegsehen kann und gerne seine Kooperation anbietet, um Eskalationen zu vermeiden.

gezeichnet

Michael Mwa Allimadi
Vorsitzender Ausländerrat / Migrationsrat